
Olaf Asbach • Rieke Schäfer
Veith Selk • Alexander Weiß (Hrsg.)

Zur kritischen Theorie der politischen Gesellschaft

Festschrift für Michael Th. Greven
zum 65. Geburtstag

Unter Mitarbeit von Kerstin Kock

Herausgeber
Olaf Asbach,
Rieke Schäfer,
Veith Selk,
Alexander Weiß,
Hamburg, Deutschland

ISBN 978-3-531-19668-8
DOI 10.1007/978-3-531-19669-5

ISBN 978-3-531-19669-5 (eBook)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© VS Verlag für Sozialwissenschaften | Springer Fachmedien Wiesbaden 2012

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Einbandentwurf: KünkkelLopka GmbH, Heidelberg

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer VS ist eine Marke von Springer DE. Springer DE ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media.
www.springer-vs.de

Inhalt

Vorwort 7

Olaf Asbach

Michael Th. Greven und die kritische Theorie der politischen Gesellschaft.
Einige einleitende Bemerkungen 11

I. Zu einer Theorie der politischen Gesellschaft

Karsten Fischer

Selbstbeschränkung in der „politischen Gesellschaft“:
Eine Bestandsaufnahme im Werk von Michael Th. Greven 25

Dirk Jörke

Politikwissenschaft als Möglichkeitswissenschaft 41

Karsten Malowitz

Michael Th. Grevens kritische Wissenschaft der Politik. Eine Annäherung 53

Katrin Toens

Pfadabhängigkeit und Kontingenz in der politikwissenschaftlichen
Zeitdiagnose: Nur scheinbare Gegensätze? 65

Harald Bluhm

Konträre Auffassungen über Politik und Entscheidung.
Michael Th. Greven und Panajotis Kondylis – eine Skizze 77

II. Zum Zustand von Politik und Demokratie in der Gegenwartsgesellschaft

Friedbert W. Rüb

Die Verletzlichkeit der Demokratie – eine Spekulation 99

Rainer Schmalz-Bruns

Die Rückkehr des Politischen – oder:
Die Demokratie(theorie) in der Politisierungsfalle? 121

Anna Geis

Das „Schlichtungsverfahren“ zu „Stuttgart 21“.
Die neueste demokratische Errungenschaft? 143

<i>Hans J. Lietzmann</i>	
Die Kontingenz der Repräsentation: Bürgerbeteiligung.	165
<i>Ulrich von Alemann und Philip Daniel</i>	
Politische Beteiligung: Wohin?	189
<i>Kari Palonen</i>	
Der Begriff des Parlamentarismus bei Max Weber	195
<i>Herfried Münkler</i>	
Die optimale Hochschullandschaft	207
<i>Rainer Eisfeld</i>	
Kontingenz des Politischen – apolitische Gesellschaft?	
Anmerkungen zum langen „Sonderweg“ der USA	219

III. Politik und Demokratie im Prozess von Europäisierung und Globalisierung

<i>Beate Kohler-Koch</i>	
Politische Gesellschaft und demokratische Reformierbarkeit der EU	237
<i>Edgar Grande</i>	
Das europäische Imperium und seine Grenzen	255
<i>Wilfried von Bredow</i>	
Ariane Mnouchkine und <i>Human Security</i> .	
Transpositionen des Politischen im Théâtre du Soleil	275
<i>Louis W. Pauly</i>	
Democracy and Globalization	293

IV. Laudatio

<i>Frank Benseler</i>	
Mnemosyne und Parrhesie	307

Anhang

<i>Olaf Asbach</i>	
Bibliographie der Schriften von Michael Th. Greven von 1973 bis 2011	323
Zu den Mitwirkenden	349

Selbstbeschränkung in der „politischen Gesellschaft“: Eine Bestandsaufnahme im Werk von Michael Th. Greven

Wie Christian Meier gezeigt hat, ist die *Entstehung des Politischen bei den Griechen* in historischer Gleichursprünglichkeit mit der Entwicklung der Demokratie erfolgt, als nämlich die durchaus unbeabsichtigte, dem Kriegsglück und anderen historischen Zufällen geschuldete Emanzipation von althergebrachten Überzeugungen eine Neubestimmung der Geltungsgrundlagen des Zusammenlebens begünstigte, für die sich mangels verbliebenen traditionellen Legitimitätsglaubens nur mehr ein demokratisches Verfahren anbot, wie Aischylos' *Orestie* als agnostischer „*Polis-Mythos*“ (Meier 1995, S. 219) zeigt. Den Anfang autonomen politischen Denkens und der Demokratie als dessen Form kennzeichnet demnach Kontingenz, und dies begründet die dauerhafte, systematische Unvereinbarkeit zwischen dem demokratiespezifischen Fallibilismus und unbedingten Geltungsansprüchen: Demokratie verlangt, das Scheitern eigener Wahrheitspräventionen aushalten zu können (Greven 2010, S. 80), denn sie ist eine nicht auf Rationalität reduzierbare Herrschaftstechnik (vgl. Greven 1999a, S. 10), deren neuzeitliche Renaissance tiefe Wurzeln bereits in der von Marsilius von Padua reklamierten Unterscheidung zwischen machtbasierter weltlicher Rechtsetzung und geistlichen Wahrheitsansprüchen hat. *Cum grano salis* lässt sich demnach sagen, dass der bei Hobbes zur Begründung des absolutistischen Staates dienende Satz *auctoritas, non veritas facit legem* auch die von Michael Th. Greven stets betonte demokratische Komponente hat (Greven 1991), die machtpolitische Entscheidung über Geltungsfragen als Freiheit und Gleichheit verbürgende Alternative zu elitären Wahrheitspräventionen zu betonen, was erneut die – den totalitären Carl Schmitt (1995, S. 86) zur Verzweiflung treibenden – ungewollt proto-liberalen Elemente und Wirkungen der Hobbes'schen Theorie beweist (vgl. Holmes 1995, S. 69 ff.).

Diese Einsicht tangiert jedweden Versuch einer vorgeblich transhistorisch gültigen Bestimmung von Politik bzw. des Politischen, denn diese ist ein Element geschichtlicher Veränderungen, und „definierbar ist nur Das, was keine Geschichte hat“ (Nietzsche 1988, S. 317). Gerade aus dieser konzeptuellen Offenheit ergeben sich indes politik- und demokratietheoretische Herausforderungen, die ein Hauptanliegen des Werkes von Michael Th. Greven bilden, wie sich in seiner folgenden Bestimmung von Charakteristika und Problemen der Demokratie zeigt:

„Es ist weder von ihrem normativen Anspruch her noch unter dem Gesichtspunkt ihres historischen Überlebens ausreichend, sie einfach als ein einmal historisch erfunde-

nes Ensemble von Institutionen und Regeln zu betrachten. Ihr politischer Kerngehalt besagt, es sind die Bürger und Bürgerinnen einer Gesellschaft, die sich, darin ihre Freiheit zugleich konstituierend wie nutzend, eine selbstgeschaffene Ordnung gegeben haben, die sie anerkennen, verteidigen und den sich wandelnden Aufgaben und Bedingungen entsprechend weiterentwickeln. Tun sie das nicht oder nicht ausreichend, dann steht es schlecht um ihre Freiheit und der Demokratie Zukunft. Dieses Bewußtsein einer selbstgeschaffenen ‚künstlichen‘ Ordnung des Zusammenlebens ist seit der ‚Erfindung des Politischen‘ die Voraussetzung jeder Demokratie. Ihre – um es unter uns im ‚Politologendeutsch‘ zu sagen – Reflexivität und Kontingenz macht sie zugleich modern und angewiesen auf reflexive Traditionalisierung, entwicklungs- und veränderungsfähig, aber auch in ihrer Existenz immer erneut prekär. Das ist das, was ich ihr Grundprinzip nennen würde, in dem zugleich das Politische sich am umfassendsten entfalten kann.“ (Greven 2000a, S. 84; zur Reflexivität der Demokratie vgl. Schmalz-Bruns 1995).

In dieser Bestimmung zeigt sich bereits Grevens zentrale politik- und gesellschaftstheoretische Position, der zufolge wir in einer *politischen Gesellschaft* leben, als der spezifischen „Konsequenz der Durchsetzung und Vollendung der Moderne mit ihrer restlosen Erosion traditionaler Bestände institutionaler und normativer Geltung durch die verbundene Wirkung von Säkularisierung, Fundamentalpolitisierung und Wohlfahrtsstaatsentwicklung“ (Greven 2000a, S. 126). Nachfolgend werde ich zunächst dieses Theorem rekonstruieren (1.) und Grevens Position sodann mit der von ihm befehdeten Systemtheorie konfrontieren (2.), bevor ich abschließend sein anschlussfähiges Plädoyer für Selbstbeschränkung als demokratietheoretischer Chance in der *politischen Gesellschaft* skizziere (3.). Diese Vorgehensweise zielt auf die Herausarbeitung des analytischen und heuristischen Potentials, das Grevens Werk meines Erachtens bietet; und wenn sich hierbei auch einige kritische Anfragen und Anmerkungen ergeben, so ist dies nicht nur eine Selbstverständlichkeit des wissenschaftlichen Diskurses, sondern die einzig angemessene Würdigung eines so gleichermaßen prinzipienfesten, kritischen und vorurteilsfreien Geistes wie Greven.

1. Die „politische Gesellschaft“ zwischen Demokratie und Totalitarismus

Das Theorem der *politischen Gesellschaft*, das Michael Th. Greven im Jahr 1999 in seiner gleichnamigen Monographie (Greven 1999a) vorgelegt hat, findet sich bemerkenswerterweise bereits ein Vierteljahrhundert zuvor in seiner, einer kritischen Auseinandersetzung mit der kybernetischen Systemtheorie gewidmeten, Dissertation vorgezeichnet. Dort heißt es:

„Die heutige Situation der Industriegesellschaft ist gekennzeichnet durch eine zunehmende ‚Politisierung‘ aller Bereiche, die man lange Zeit als unpolitische, gesellschaftliche dem Staat gegenüberstehend glaubte.“ (Greven 1974a, S. 51).

In ihrer späteren, elaborierten Form erfolgt Grevens Diagnose der *politischen Gesellschaft* schließlich „in wirklichkeitswissenschaftlicher Absicht, um eine politische Zeitdiagnose mit angemessenem theoretischen wie historischen Horizont verbinden zu können“ (Greven 1999a, S. 16). Es handelt sich also weder um ein rein normatives Plädoyer für einen Primat der Politik noch um die Behauptung, „daß die Politik in funktioneller Hinsicht über ein überlegenes Problemlösungspotential verfüge“ (Greven 1999a, S. 94). Der Befund lautet vielmehr, dass es in der modernen Gesellschaft infolge von Säkularisation und Pluralisierung „zur Politik keine Alternative“ mehr gibt, weil „regelungsbedürftige Fragen und Probleme, für die nicht bereits politisch entschiedenes Recht in Form von Gesetzen vorliegt, heute nur noch politisch durch Verhandlung und anerkannte Einigung oder aber durch eine als Regelungsinstanz allseitig anerkannte Autorität entschieden werden können“ (Greven 2011a, S. 274). Dieser unvermeidliche Entscheidungszwang korreliert, Greven zufolge, mit der Kontingenz eben dieser Entscheidungen, denn „wo alles zur Entscheidung stand oder steht – wenn auch niemals alles gleichzeitig –, wächst die Verantwortung, müßten und könnten auch die Folgen von unterbliebenen Entscheidungen verantwortet werden. Wo alles disponibel wird, gerät Verantwortung zur zentralen Kategorie und ihre Zurechenbarkeit zu einem Problem, das neue Lösungen verlangt.“ (Greven 1999a, S. 9).

Unbenommen der besonderen Bedeutung von Recht und Ökonomie steht in der politischen Gesellschaft mithin „virtuell alles“ zur Entscheidung (Greven 2000a, S. 126 f.) und erstreckt sich die politische Regelungsbedürftigkeit auf immer mehr Wirklichkeitsbereiche „und beeinflusst Bedingungen des Lebens und Überlebens, die vor kurzem noch als schicksalhaft erschienen: das Wetter, die Lebensdauer, die Reproduktion der Gattung – schließlich das Überleben in der bisherigen sozialen wie biologischen Form überhaupt“ (Greven 1999a, S. 9). Gleichzeitig ist diese objektive wie subjektive Fundamentalpolitisierung (vgl. Greven 2000a, S. 84 f.) ihrerseits kontingent, denn „alles, was das Ergebnis früheren Entscheidens und Handelns ist, damit aber die historische Gestalt der Gesellschaft insgesamt und ihre politische Dimension im Besonderen, könnte (...) anders sein“ (Greven 2007, S. 14). Demnach entfällt auch ein religiöses oder sittliches Fundament der Politik, weil dieses seinerseits „politisch durch Entscheidungen erst geschaffen und erhalten werden“ muss (Greven 2000a, S. 126 f.), sodass das Verhältnis von Entscheidung und Geltung paradox bzw. zirkulär ist: Bevor eine Entscheidung Geltung erfahren kann, muss über diese Geltung kriteriell entschieden werden (vgl. Greven 2007, S. 15f.).

Das kann man als „willkürlich“ problematisieren (Greven 1999a, S. 13), aber aufschlussreicher scheinen mir die für die Einschätzung der Modernität und der demokratietheoretischen Aspekte der *politischen Gesellschaft* relevanten Bezüge zu antiken Konstellationen zu sein. So lässt sich die auch von Michael Th. Greven immer wieder referentialisierte *Entstehung des Politischen bei den Griechen* im Sinne der Interpretation Christian Meiers gleichsam als Kontingenzkommunikation rekonstruieren: Hatte die Weltordnung im alten Orient für Wahrheit und Recht gestanden und damit Vorbildfunktion für die politisch-soziale Ordnung (Assmann 1995), so wurde erstmalig im

antiken Griechenland das Politische als ausschließlich den Entscheidungen freier Bürger unterworfenen Angelegenheit verstanden, also unter Verzicht auf jegliche transzendente Bezugnahme (Meier 1995). Erst damit war es möglich geworden, das Problem der Herrschaft konsequent von der Freiheit her zu denken (Meier 2009), und zwar nicht mehr bloß, wie im alttestamentarischen Israel, als dem Exodus zu verdankende Freiheit zum Leben unter dem Gesetz Gottes, sondern als umfassende Freiheit, deren einzige Begrenzungen durch die *politische Entscheidung* der Bürgerschaft, mithin durch Selbstgesetzgebung, durch *Autonomie* gezogen werden.

Genau hierin liegt nun die insofern offenbar keineswegs spezifisch moderne *Kontingenz* dieses Verständnisses begründet, und dies wird in dem „*Polis-Mythos*“ von Aischylos' *Orestie* deutlich. Drei Jahre nach der Entmachtung des athenischen Adelsrates, des Areopags, 458 v. Chr. uraufgeführt (Meier 1995, S. 219), erzählt diese Tragödie von der Opferung der Iphigenie durch ihren Vater Agamemnon, der hiermit die ihn am Auslaufen seiner Flotte hindernde Flaute beenden möchte, nach seiner siegreichen Heimkehr aus dem Trojanischen Krieg aber von seiner Gattin Klytāimnestra der Tötung der gemeinsamen Tochter wegen erschlagen wird. Diese Tat wiederum wird von Orest mit dem Muttermord an Klytāimnestra vergolten, woraufhin die Rachegöttinnen, die Erinyen, ihn unerbittlich verfolgen. Ihnen (und Apollon) tritt wiederum die Göttin Athene entgegen, die Orests Vergehen zur Rechtsfrage erklärt, durch ein ergebnisoffenes Gerichtsverfahren entschieden und dies der Polis und ihren Institutionen überantwortet sehen möchte, sodass das neue Recht nicht nur einer Setzung entspringt (Meier 1995, S. 179 ff.), sondern der Uneinigkeit der Götter untereinander.

Bereits die *Entstehung des Politischen bei den Griechen* und die hiermit historisch gleichursprüngliche Entstehung der Demokratie trägt demnach Züge der *politischen Gesellschaft*, in der „prinzipiell alles (...) politisiert, das heißt, zu einem öffentlichen Problem gemacht werden, das dann allein noch durch verbindliche Entscheidung gelöst oder zumindest verbindlich geregelt werden kann“ (Greven 2007, S. 13). Für das von Greven an dieser Stelle exemplarisch angeführte Eltern-Kind-Verhältnis hat dies bekanntlich kein geringeres als Platon exerziert, und der „Reinheitsgrad des Bieres“ als weiteres Beispiel (Greven 2007, S. 13) ist ebenfalls ein bereits vormoderner Erfolg der entsprechenden Initiative des Münchener Stadtrates bei Herzog Albrecht IV. von Bayern-München im Jahr 1487, was Greven als München durchaus zugetaner, überzeugter Hamburger zugestehen dürfte.

Die Relevanz antiker Erfahrungen für Grevens Theorem der *politischen Gesellschaft* und insbesondere für dessen demokratietheoretischen Akzent ist aber auch noch im Fall eines römischen Beispiels gegeben. So betont Greven, in der *politischen Gesellschaft* liege eine Chance für die Zukunft der Demokratie, denn beider Prinzipien seien „nicht identisch, aber kompatibel“, insofern „der demokratische Typus der ‚politischen Gesellschaft‘ auf einer Politisierung von unten, auf Partizipation, mindestens aber responsiver Rückkoppelung an die einzelnen Bürger und Bürgerinnen“ beruhe, was nichts anderes bedeute, als dass „Kontroversen in der Gesellschaft verbindlich nur noch politisch entschieden werden können“ (Greven 2000a, S. 84 f.). Dies gemahnt

wiederum an die ebenfalls von Christian Meier (1980) rekonstruierte *politische Grammatik* der Römischen Republik, die in einem Regulationsvermögen bestand, das den *mos maiorum* als sozio-moralische Konstante mit den institutionellen Bahnen harmonisierte und auf diese Weise einen sozialen Konsens reproduzierte, der wesentlich in der Integration der Nobilität in die republikanische Herrschaftsform bestand. Das Scheitern der Römischen Republik ist demnach als Versagen dieser politischen Grammatik zu deuten, und zwar dergestalt, dass soziale Konflikte nicht mehr zu kollektiv verbindlichen Entscheidungen politisiert werden konnten, sondern vielmehr jeder solche Versuch neue Konflikte schürte, mit denen der Grundkonsens der *res publica* erodierte. Formelhaft zugespitzt, gründet das Scheitern der Römischen Republik also in dem Paradox, dass es das auf dem republikanischen Grundkonsens basierende Erfolgsrezept der Politisierung sozialer Konflikte war, das am Ende selber zur Zerstörung eben dieses Grundkonsenses beitrug (vgl. Winterling 2001; Winterling 2008).

Wenn Christian Meier (1980) der Römischen Republik von daher eine *Krise ohne Alternative* bescheinigt hat, ist Grevens Frage nach der Zukunft der Demokratie angesichts der vorstehend reklamierten, historischen Tiefe der Problematik umso wichtiger. Diesbezüglich geht er von *gleicher Freiheit* als dem unverzichtbaren Kern der Demokratie aus (Greven 2009a, S. 414) und hält deren subjektive Voraussetzungen für „mindestens so konstitutiv wie ihre formalen Institutionen“ (Greven 1999a, S. 203), weil es, Giovanni Sartori zufolge, kennzeichnend für Demokratien ist, auf das Verstanden-Werden seitens ihrer Bürger(innen) angewiesen zu sein (Greven 2000b, S. 1). Genau dieses Kriterium hält Greven angesichts der inter- und transnationalen Verflechtungsprozesse für „immer unwahrscheinlicher“ (Greven 2000b, S. 8), zumal auch der „Demokratiebegriff der vorherrschenden ‚Demokratietheorien‘ unreflektiert universalisiert und normativ interpretiert“ werde (Greven 1993, S. 402), bis hin zu einem anti-aufklärerischen, ideologischen „Neofundamentalismus“ (Greven 1993, S. 404), der „Demokratie“ gegen die verständlichen materiellen Lebensnotwendigkeiten und Bedürfnisse von Menschen ausspielt, denen angesichts von Hunger, Gewalt und allgemeiner Not das zum Überleben notwendige Hemd näher steht als der anempfohlene demokratische Rock“ (Greven 1993, S. 405).

Dass hiermit eine „expertokratische Kontingenzenzverleugnung“ Mehrheitsentscheidungen durch die vorgebliche Alternativlosigkeit rationaler Einsichten kontestiert (Greven 2010, S. 84), markiert für Greven das Ende der „modernen Demokratie“ (Greven 2011b, S. 28; vgl. Greven 2009b) in ihrer traditionellen Form, das man eingestehen und weiterdenken müsse, anstatt permanent intellektuelle Manipulationen mit einer „semantisch dynamisierten ‚Demokratie‘“ (Greven 2011b, S. 17) zu betreiben.

Dieses Problembewusstsein ist für Greven umso drängender, als er keinerlei Berührungängste mit dem zwischenzeitlich entspannungspolitisch tabuisierten und erst nach 1989 politikwissenschaftlich rehabilitierten Totalitarismusbegriff (vgl. Schlangen 1976) kennt (vgl. Greven 2001a, S. 27). Er bildet sogar ein zentrales Element seines Theorems der *politischen Gesellschaft*, insofern die „totalitäre Variante der Politisierung einiger Gesellschaften ‚von oben‘ (...) kein Rückfall in die Vormoderne“ gewesen sei, „son-

dern die andere, die stets potentielle – nur unter modernen Bedingungen überhaupt mögliche – Form der modernen ‚politischen Gesellschaft‘, eine Alternative, die immer dann droht, wenn die Demokratie versagt“ (Greven 2000a, S. 84 f.). Demnach stellt sich immer die Frage, „ob es sich um eine eher demokratische oder um eine eher totalitäre Variante der politischen Gesellschaft handelt“ (Greven 1999a, S. 58), und „angesichts der ungeheuren Potentiale und Möglichkeiten, die heutigen politischen Gesellschaften im Vergleich zu allen früheren Gesellschaftszuständen im Guten wie im Schlechten zur Verfügung stehen“, müssten „die Sicherungen gegen neue totalitäre Versuche“ stets „prekär“ bleiben (Greven 2007, S. 17).

Möglicherweise lässt sich aber gerade aus diesen totalitarismustheoretischen Akzenten noch ein anderer Funke für Grevens Theorem der *politischen Gesellschaft* und seine entsprechende Demokratietheorie schlagen. Denn die Entstehung des Politischen bei den Griechen und die Entwicklung der Demokratie waren vielleicht nicht bloß historisch gleichursprünglich, sondern sind es auch systematisch und normativ. Das bedeutet, Habermas' Formel der Gleichursprünglichkeit von Demokratieprinzip und Rechtsgenese (Habermas 1992, S. 155) zu der Feststellung zu erweitern, dass *politisches Denken* im Sinne einer autonomen und insoweit kontingenten, den Bedingungen nachmetaphysischen Denkens (Habermas 1988) gehorchenden Beschlussfassung über das, „was für seine Geltung in der gesamten Gesellschaft einer legitimen Entscheidung bedarf“ (Greven 1998a, S. 24), stets in einem demokratischen Verfahren kulminieren muss. So war die Eintunnelung des antiken, freiheitlichen Politikverständnisses seitens der politischen Theologie des mittelalterlichen Christentums ebenso zwangsläufig wie die bei Marsilius von Padua und Nicolaus Cusanus spürbare, sukzessive Entbindung erneuter freiheitlicher Konzeptionen, sobald im 14. Jahrhundert der Begriff *Politik* wiederauftauchte, bis schließlich zur neuzeitlichen Renaissance der Demokratie seit dem ausgehenden 17. Jahrhundert. In dieser Lesart wären die totalitären Bewegungen des 20. Jahrhunderts dann weniger die dunkle Seite derselben Fundamentalpolitisierung, die auch die moderne Demokratie kennzeichnet, sondern vielmehr erneute Regressionen politischen Denkens, insofern die totalitären *politischen Religionen* eine quasi-religiöse Sinnggebung kollektiv bindenden Entscheidens prästendieren, wohingegen der demokratische Volkswillen keinen übergeordneten „Sinn“ haben muss, sondern das Mittel zur Freiheit und darin selber Zweck ist. Demnach wäre die von Greven betonte Kontingenz der *politischen Gesellschaft* in historischer, systematischer und normativer Hinsicht gleichermaßen als Demokratisierungsfaktor anzusehen.

Mit dieser Perspektive wäre jedenfalls sowohl der in der *politischen Gesellschaft* ausgeträumte, „aus dem 19. Jahrhundert stammende Traum von der vollständigen Aufhebung menschlicher Entfremdung durch Politik“ (Greven 1999a, S. 28) gebannt, als auch eine vorsichtig optimistische Haltung zu der von Greven beschworenen „schlimmste[n] aller denkbaren Kombinationen“ eingenommen, dass „der politische Prozeß heute angesichts der zur Verfügung stehenden Ressourcen und kontingenten Bedingungen nahezu jedes denkbare und vielleicht sogar vorher von niemandem ausdenkbare Ergebnis hervorbringen kann“, während die Vorstellung, in ihm könnte „eine

allgemeine Vernunft wirksam werden, auf den ideologischen Müllhaufen der Geschichte“ gehört (Greven 1999a, S. 158).

Indem die Theorie der *politischen Gesellschaft* – entgegen Grevens allenfalls partiell berechtigter und daher überzogen wirkender Kritik an „Kontingenzverleugnung“ und unzureichenden Macht- und Demokratietheorien der Kritischen Theorie (Greven 1994; Greven 1999b; Greven 2010; vgl. aber Greven 2011c) – um Habermas' rekonstruktive Methode (vgl. Habermas 2003, S. 152 f.) erweitert würde, ließe sie sich zu einer kritischen Theorie von Wahrheits- und Geltungspräventionen ausgestalten, die als manifeste Demokratiegefährdung einzustufen sind. Dies legt beispielsweise die Entwicklung der „Divided States of America“ (Sabato 2005) nahe, in denen sich die von Tocqueville befürchtete „Tyrannei der Mehrheit“ (Tocqueville 1959, S. 284 ff.) in eine Tyrannei der *Minderheit* verkehrt, insofern dem demokratischen Wahlergebnis nicht mehr der Kredit einer vierjährigen Experimentierphase mit neuen Ideen gewährt wird, sondern religiöse Fundamentalpolitisierung über den institutionalisierten demokratischen Fallibilismus zu obsiegen droht.

Doch nicht nur in Richtung der Kritischen Theorie weckt Grevens Theorie der *politischen Gesellschaft* Hoffnungen auf Anschlussfähigkeit, sondern auch in Richtung der von ihm ungleich stärker befehdeten Systemtheorie Niklas Luhmanns.

2. Von „Argwohn“ und „Bewunderung“ zu einer „kritischen Lesart“ Luhmanns

Michael Th. Greven hat sich selbst attestiert, den „Ausbau“ von Luhmanns Systemtheorie langfristig, „teils mit Argwohn teils mit Bewunderung, zumeist mit einer Mischung aus beidem“ beobachtet zu haben (Greven 1982, S. 144). Allerdings wird man sagen müssen, dass er seine Bewunderung stets weitaus besser zu verbergen wusste als seinen Argwohn.

Zunächst sucht Greven beharrlich nach Argumenten gegen ein differenzierungstheoretisches Politikverständnis (Nassehi 2000), dem er seine Vorstellung einer „unaufhaltsam und unvermeidlich fragmentierten und differenzierten Institutionalisierung der Politik“ entgegensetzt, welche „keineswegs als eindeutig abgegrenztes Funktionssystem ‚ausdifferenziert‘ ist, sondern in sich selbst noch einmal so vielfach institutionell, kompetenzmäßig und regional gegliedert ist, daß sie zwar den ganzen Vergesellschaftungsprozeß mit ihren verbindlichen Regelungen und den Konflikten zu ihrer Erreichung durchdringt, aber selbst kein Zentrum der einheitlichen Programmierung und Koordination mehr besitzt.“ (Greven 1999a, S. 158). Im Ergebnis bestätigt Greven dann zwar Luhmanns systemtheoretisch begründete Skepsis gegenüber Konzepten politischer Steuerung (Luhmann 1989), wenn er feststellt, die „in der abstrakten politischen Theorie wie den politischen Mythen des Alltags heute noch weitverbreitete Illusion (...) einer rationalen politischen Steuerung gesellschaftlicher Entwicklung“ scheitere „nicht an mangelndem Wirkungsvermögen der Politik, (...) sondern an fehlender Koordination und Vereinheitlichung“ (Greven 1999a, S. 158). Hieraus möchte er aber

die gegenüber Luhmann pejorative Punkte gewinnen, „von diesem Mythos einer irgendwo in der Gesellschaft monopolisierten politischen Entscheidungsmacht“ überlebe in der Systemtheorie „mit ihrem topographischen Modell der abgegrenzten Subsysteme noch ein unaufgelöster Rest“, indem „spiegelverkehrt zu den Allmachtsphantasien früherer Staatstheorien jegliches intendiertes politisches Einwirkungsvermögen des ‚politischen Systems‘ auf die anderen gesellschaftlichen Bereiche gezeugnet“ werde (Greven 1999a, S. 158).

Die mangelnde Überzeugungskraft dieser seltsamen Behauptung, etwas spiegelverkehrtes sei eigentlich dasselbe wie das von ihm verkehrte, und der differenzierungstheoretische Befund, die Politik bilde eines von mehreren, *gleichrangigen* funktionalen Teilsystemen der modernen Gesellschaft, entspreche dem früheren Primat des Politischen, korrespondiert mit der befremdlichen Gegenüberstellung von „Erfahrungswissenschaft“ und dem „axiomatischen Konstruktivismus“ der Systemtheorie (Greven 1993, S. 411) und liegt wohl darin begründet, dass Greven seinerseits einen axiomatischen Glaubenssatz verfißt, demzufolge Gesellschaften „nur als relativ stabile Handlungszusammenhänge, in denen Veränderungen wiederum nur durch Handlungen zustande kommen können“, existieren (Greven 2007, S. 14). Man wird dafürhalten dürfen, dass eine im von Greven zurecht vertretenen Sinne *wirklichkeitswissenschaftlich* operierende Beobachtung der modernen Gesellschaft schlicht zum gegensätzlichen, kommunikationstheoretischen Ergebnis kommen kann, dass dasjenige, was soziale Relevanz besitzt und entbindet, was man als „Handlungsfolgen“ zurechnen zu können meint, ausschließlich Prozesse sozialer Kommunikation sind, weil komplexe, anonymisierte Gesellschaften eben nicht mehr auf Interaktion beruhen können – oder bei welchem modernen Menschen beruhen politische Urteile noch auf unmittelbaren Erfahrungen?

Diese für Grevens Werk ansonsten völlig untypischen, erratischen Polemiken erklären sich wohl nur aus ihrer politischen Motivation, für die gilt, was er rückblickend für seine Dissertation eingeräumt hat: dass man einen „vom Zeitgeist tangierten“ Zug wahrnehmen könne (Greven 1998b, S. 38). Für Grevens spätere Luhmann-Kritik gilt dies *a fortiori*, spiegelt sich hierin doch das Anfang der achtziger Jahre in der Bundesrepublik grassierende, Aufbegehren gegen einen vermeintlichen „Neokonservatismus“. Dass „Luhmanns Blick“ als „konsequent staats- und regierungsfixiert“ gebrandmarkt wird (Greven 2001b, S. 208) und eine Einladung zu „Demokratierückbau“ und technokratischer Elitenherrschaft sei (Greven 1999a, S. 178), gehört dabei noch zu den harmloseren, Vorwürfen. In einem typischerweise 1982 erschienenen Beitrag verstieg sich Greven sogar zu der mühsam in Frageform camouflierten Unterstellung, „durch das Plädoyer für eine (...) scheinbare Reduktion des politischen Handlungsbereiches“ könnte „eine Entwicklung in Kauf genommen“ werden, „an deren Ende keineswegs die ‚Bescheidenheit der Politik‘ im Sinne des klassischen Liberalismus, sondern vielmehr die Allgegenwärtigkeit der staatlichen Macht, also der autoritäre Staat, zur Integration die letzte Chance bietet.“ (Greven 1982, S. 152). Wie abwegig solche Verdächtigungen gegenüber einer so dezidiert demokratiefreundlichen und weitaus eher krypto-

die gegenüber Luhmann pejorative Pointe gewinnen, „von diesem Mythos einer irgendwo in der Gesellschaft monopolisierten politischen Entscheidungsmacht“ überlebe in der Systemtheorie „mit ihrem topographischen Modell der abgegrenzten Subsysteme noch ein unaufgelöster Rest“, indem „spiegelverkehrt zu den Allmachtsphantasien früherer Staatstheorien jegliches intendiertes politisches Einwirkungsvermögen des ‚politischen Systems‘ auf die anderen gesellschaftlichen Bereiche gezeugnet“ werde (Greven 1999a, S. 158).

Die mangelnde Überzeugungskraft dieser seltsamen Behauptung, etwas spiegelverkehrtes sei eigentlich dasselbe wie das von ihm verkehrte, und der differenzierungstheoretische Befund, die Politik bilde eines von mehreren, *gleichrangigen* funktionalen Teilsystemen der modernen Gesellschaft, entspreche dem früheren Primat des Politischen, korrespondiert mit der befremdlichen Gegenüberstellung von „Erfahrungswissenschaft“ und dem „axiomatischen Konstruktivismus“ der Systemtheorie (Greven 1993, S. 411) und liegt wohl darin begründet, dass Greven seinerseits einen axiomatischen Glaubenssatz verfiert, demzufolge Gesellschaften „nur als relativ stabile Handlungszusammenhänge, in denen Veränderungen wiederum nur durch Handlungen zustande kommen können“, existieren (Greven 2007, S. 14). Man wird dafürhalten dürfen, dass eine im von Greven zurecht vertretenen Sinne *wirklichkeitswissenschaftlich* operierende Beobachtung der modernen Gesellschaft schlicht zum gegensätzlichen, kommunikationstheoretischen Ergebnis kommen kann, dass dasjenige, was soziale Relevanz besitzt und entbindet, was man als „Handlungsfolgen“ zurechnen zu können meint, ausschließlich Prozesse sozialer Kommunikation sind, weil komplexe, anonymisierte Gesellschaften eben nicht mehr auf Interaktion beruhen können – oder bei welchem modernen Menschen beruhen politische Urteile noch auf unmittelbaren Erfahrungen?

Diese für Grevens Werk ansonsten völlig untypischen, erratischen Polemiken erklären sich wohl nur aus ihrer politischen Motivation, für die gilt, was er rückblickend für seine Dissertation eingeräumt hat: dass man einen „vom Zeitgeist tangierten“ Zug wahrnehmen könne (Greven 1998b, S. 38). Für Grevens spätere Luhmann-Kritik gilt dies *a fortiori*, spiegelt sich hierin doch das Anfang der achtziger Jahre in der Bundesrepublik grassierende, Aufbegehren gegen einen vermeintlichen „Neokonservatismus“. Dass „Luhmanns Blick“ als „konsequent staats- und regierungsfixiert“ gebrandmarkt wird (Greven 2001b, S. 208) und eine Einladung zu „Demokratierückbau“ und technokratischer Elitenherrschaft sei (Greven 1999a, S. 178), gehört dabei noch zu den harmloseren, Vorwürfen. In einem typischerweise 1982 erschienenen Beitrag verstieg sich Greven sogar zu der mühsam in Frageform camouflierten Unterstellung, „durch das Plädoyer für eine (...) scheinbare Reduktion des politischen Handlungsbereiches“ könnte „eine Entwicklung in Kauf genommen“ werden, „an deren Ende keineswegs die ‚Bescheidenheit der Politik‘ im Sinne des klassischen Liberalismus, sondern vielmehr die Allgegenwärtigkeit der staatlichen Macht, also der autoritäre Staat, zur Integration die letzte Chance bietet.“ (Greven 1982, S. 152). Wie abwegig solche Verdächtigungen gegenüber einer so dezidiert demokratiefreundlichen und weitaus eher krypto-

normativen als antihumanistischen Konzeption wie derjenigen Luhmanns waren, hat Greven später selber erkannt, indem er bei Luhmann zutreffend die „optimistische Ideologie unserer Gegenwart“ identifiziert hat, „Demokratie als alternativloses evolutivonäres Produkt, als die auf der Ebene funktionaler Differenzierung notwendige Form des politischen Systems“ anzusehen (Greven 2001b, S. 210; vgl. auch Fischer 2001). Und in ebenso souveräner Selbstkorrektur seiner Dissertation (Greven 1974b, S. 88) stimmt Greven mittlerweile auch denjenigen zu, die in der „scheinbar so affirmativen Systemtheorie Luhmanns noch eine kritische Lesart“ (Greven 2001b, S. 211) entdecken (Breuer 1992; Hellmann 2002, S. 27 ff.: „Systemtheorie als kritische Theorie“; Hellmann u. Fischer 2003).

Im Zuge dessen sieht Greven nunmehr auch, dass Luhmann „zu einer ähnlichen Deutung der dezisionistischen Kontingenz politischen Entscheidens in der Gegenwartsgesellschaft“ kommt wie er selbst (Greven 2001b, S. 206), und auch Grevens Kritik am „methodologischen Etatismus‘ der Politischen Theorie“ mitsamt seiner Forderung, „die in der Wirklichkeit längst brüchig gewordene und überholte Vorstellung der *realen* Existenz eines Staates und der gedanklich unlösbaren Koppelung von Politik und Staat theoretisch hinter sich“ zu lassen (Greven 2011a, S. 275), spricht eher für Komplementaritäten zwischen Luhmanns Systemtheorie und Grevens Theorie der *politischen Gesellschaft* als für deren prinzipielle Unvereinbarkeit. Auch die von Greven an dieser Stelle apostrophierte Governance-Forschung mit ihrer Einsicht in die Erosion „institutionelle[r] Zentralität des Regierens in einem rechtlich und territorial geschlossenen Raum“ (Greven 2011a, S. 274 f.) hat erhebliche Berührungspunkte mit der Systemtheorie, was Michael Hein (2011, S. 161) in seinem Nachwort zur Neuauflage von Luhmanns *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat* zu der Pointe überspitzt hat, die Governance-Forschung erscheine „in vielen Punkten gleichsam als akteur- bzw. institutionentheoretischer Versuch, systemtheoretisch längst geöffnete Türen einzutreten“ (vgl. differenziert Mayntz 2009).

Vor allem aber zeigt sich im Zuge seiner Auseinandersetzung mit Luhmann auch dasjenige Paradigma, dem nach meinem Dafürhalten das entschieden größte Potential innerhalb von Grevens Theorem der *politischen Gesellschaft* zukommen dürfte, und das ist die Suche nach einer „politische[n] Kultur der Selbstbeschränkung“ (Greven 1999a, S. 178), deren Perspektiven es nun abschließend, „in wirklichkeitswissenschaftlicher Absicht“ (Greven 1999a, S. 16), andeutungsweise zu bestimmen gilt.

3. Perspektiven von Selbstbeschränkung „in wirklichkeitswissenschaftlicher Absicht“

Das Problem der Selbstbeschränkung verbindet Greven unmittelbar mit seinem Theorem der durch Kontingenz und Dezision gekennzeichneten *politischen Gesellschaft*, weil unter deren Bedingungen der politische Prozess „in seiner Entscheidungsmöglichkeit und -macht nur sich selbst begrenzen, da er nur selbst die Maßstäbe setzen und her-

vorbringen kann, die als positives Recht auch auf ihn zurückwirken“ (Greven 2007, S. 14). Und „weil er dabei die Vielfalt und Pluralität der Auffassungen, Werte und Interessen berücksichtigen muß, die alle aus der Sicht der Individuen zunächst den gleichen Anspruch auf Gültigkeit beanspruchen, entsteht gegen Ende des 18. Jahrhunderts das in der Geschichte neuartige Problem der Kontingenz des Politischen, in dem sich das Immanenzdenken der Aufklärung niedergeschlagen hat“ (Greven 2007, S. 14). Damit betont Greven zurecht, dass die Selbstbeschränkung der Politik die Bedingung der Möglichkeit individueller Freiheit bedeutet (vgl. Greven 2007, S. 16), wobei man auch an dieser Stelle wieder vermuten darf, dass der Zusammenhang zwischen Kontingenz(bewusstsein), Selbstbeschränkung und Freiheitsstreben erheblich früher, und zwar bei der in der griechischen Antike entwickelten, freiheitlichen politischen Kultur (Meier 2009) angesetzt werden muss, sodass die *politische Gesellschaft* also mitnichten auf die Moderne begrenzt werden kann.

Für die Moderne betont Greven (1995, S. 75) allerdings sehr zurecht, dass Selbstbeschränkung, entgegen der Insinuation des von „Selbstbindung des Staates“ sprechenden Carl Schmitt (1978, S. 105), nicht originär ein mit dem Modell der Gewaltenteilung verbundenes, staatliches Konzept gewesen ist. Vielmehr führt Greven die Idee der Selbstbeschränkung auf Montesquieu zurück, dem es weniger um die Begrenzung staatlicher Handlungsfreiheit zu tun war als um die freiheitskonstitutive Hegung gesellschaftlicher Kräfte und Akteure, mit der der Staat seine Aufgabenbestimmung erfährt (Greven 1995, S. 76; vgl. Fischer 2009 b).

Treffend einen Bogen von Montesquieu zu Claus Offe schlagend (Greven 1995, S. 79), dem das Verdienst gebührt, einen maßgeblichen Beitrag zu moralischen und institutionellen Aspekten „intelligenter Selbstbeschränkung“ verfasst zu haben (Offe 1989), betont Greven von hieraus allerdings, dass Selbstbeschränkung immer nur aus politischer Entscheidung resultieren kann. Selbstbeschränkung in der *politischen Gesellschaft* bedeutet die (Mehrheits-)Entscheidung zum freiwilligen Verzicht auf Fundamentalpolitisierung (Greven 1999a, S. 203). Dies erhellt die Ausweglosigkeit der Problematik: Zum einen bedeutet die dezisionistische Basis politischer Selbstbeschränkung, dass eine entsprechende Entscheidung beispielsweise der Kopplung von Politik an das Recht stets reversibel bleibt, also jederzeit wieder aufgehoben werden könnte (Greven 1999a, S. 28). Noch im freiwilligen Verzicht auf Fundamentalpolitisierung artikuliert sich mithin die unhintergehbare Bedingung gesellschaftlicher Fundamentalpolitizierbarkeit, die „in sich keine prinzipiellen Schranken“ enthält (Greven 1999a, S. 205). Zum anderen kann politische Selbstbeschränkung auch keine externe Schranke haben, weil die vermeintliche Unabhängigkeit anderer gesellschaftlicher Sphären von der Politik „nur abgeleitet und geduldet ist“ (Greven 1999a, S. 28). Mit anderen Worten: Politische Selbstbeschränkung ist ein Pleonasmus, weil Selbstbeschränkung immer politisch gewünscht und geduldet werden muss.

Aus dieser aporetischen Situation zieht Greven die Konsequenz, es bedürfe „Münchhausens Versuch, sich selbst am eigenen Schopf aus dem Sumpf zu ziehen“, und zwar in Gestalt der auch angesichts der totalitären Missbrauchserfahrung um der

Demokratie willen alternativlosen, „gewaltigen Anstrengung (...), die für die Demokratie notwendigen Bürger und Bürgerinnen in einem bisher noch nie dagewesenem Maße zu sozialisieren und auch bewußt zu erziehen“ (Greven 1999a, S. 209).

Hiergegen wird man indes geltend zu machen haben, dass dies nicht nur eine harmlose Münchhausiade fordert, sondern die apotropäische Strategie, den demokratiegefährdenden Teufel mit dem illiberalen Beelzebub austreiben zu wollen. Denn wie schon Ernst-Wolfgang Böckenförde (2007) mit seinem zurecht berühmten Diktum festgestellt hat, musste der freiheitlich-säkulare Staat um seiner Freiheitlichkeit willen das Wagnis eingehen, seine eigenen Bestandsbedingungen kontingent zu stellen, weil jedwede Gesinnungskontrolle der Bürger(innen) mit seiner Liberalität unvereinbar wäre und Sozialmoral nur gleichsam in homöopathischer Dosierung gefördert werden darf (Fischer 2006).

Grevens Vorschlag wäre demnach eine weitere Bestätigung seiner richtigen Beobachtung, dass das politische System zu einer expansiven Fundamentalpolitisierung anderer gesellschaftlicher Funktionsbereiche tendiert, was sich mit der Terminologie von Habermas (1981) auch als *Kolonialisierung* pointieren ließe. Solche Expansionstendenzen sind naheliegend, weil das politische System angesichts seiner singulären Funktion des „Bereithalten[s] der Kapazität zu kollektiv bindendem Entscheiden“ (Luhmann 2000, S. 84) eine Art Allzuständigkeit für die gesamte Gesellschaft sowohl seinerseits reklamiert als auch von der Gesellschaft zugeschrieben bekommt. Hinsichtlich solcher Verführungen zur Verletzung des Selbstbeschränkungsgebots ist Grevens Betonung, dass Selbstbeschränkungen immer politisch induziert sind, entsprechend erklärungsstark.

Dies bedeutet jedoch nicht, daher gleichsam einem König-Midas-Syndrom erliegen zu müssen, nach dem Motto *Alles Politik, oder was?* (vgl. Hellmann 2003; Schuppert 2011). Vielmehr kann Politik ja gerade auch Anreize – oder auch Fehlanreize – für Selbstbeschränkung in *anderen* Funktionssystemen setzen beziehungsweise eben darauf verzichten. Besonders interessante Beispiele hierfür sind etwa die Forschungsfreiheit im Bereich von Medizin und Lebenswissenschaften (Fischer 2003) und die Problembeziehung zwischen Politik und Religion, hinsichtlich derer der liberale Verfassungsstaat um seiner Freiheitlichkeit willen angewiesen ist auf eine entgegenkommende *religiöse Liberalität* im Sinne der freiwilligen Bereitschaft von Glaubensgemeinschaften, diesen Staat auch aus Glaubensgründen zu bejahen (vgl. Böckenförde 2007; Habermas 2005), und das heißt Toleranz zu üben und den Vorrang demokratischer politischer Entscheidungen zu akzeptieren (Fischer 2009a, S. 11, 141 ff.; zum Verhältnis von Politik und Religion vgl. Greven 1999a, S. 209).

Die Selbstbegrenzungspotentiale in modernen gesellschaftlichen Funktionssystemen (vgl. hierzu bislang etwa Achterberg 1977; Offe 1989; Willke 1992; Holmes 1995; Buchstein 2009) bilden mithin offensichtlich ein lohnendes, geradezu dringliches Desiderat systematisch-komparativer Forschung. Insofern dieses, der vorstehenden Rekonstruktion gemäß, eine Quintessenz des Werkes von Michael Th. Greven ausmacht, verdanken wir ihm folglich analytische Einsichten und praxisrelevante Anregungen

gleichermaßen, und nichts anderes hat sein Selbstverständnis und wissenschaftliches Streben ja auch von jeher bestimmt.

Literatur

- Achterberg, Norbert. 1977. Bundesverfassungsgericht und Zurückhaltungsgebote. Judicial, political, processual, theoretical self-restraints, *Die öffentliche Verwaltung* 30: 649–659.
- Assmann, Jan. 1995. *Ma'at. Gerechtigkeit und Unsterblichkeit im alten Ägypten*. München: Beck.
- Böckenförde, Ernst-Wolfgang. 2007. Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation (1967). In *Der säkularisierte Staat. Sein Charakter, seine Rechtfertigung und seine Probleme im 21. Jahrhundert* [Vortrag, gehalten in der Carl-Friedrich-von-Siemens-Stiftung am 26. Oktober 2006], Hrsg. Böckenförde, Ernst-Wolfgang, 43–72. München: Carl Friedrich von Siemens Stiftung.
- Breuer, Stefan. 1992. Adorno/Luhmann: Die moderne Gesellschaft zwischen Selbstreferenz und Selbstdestruktion. In *Die Gesellschaft des Verschwindens. Von der Selbsterstörung der technischen Zivilisation*, Hrsg. Breuer, Stefan, 65–102. Hamburg: Junius.
- Buchstein, Hubertus. 2009. Selbstbindung als verfassungstheoretische Figur. In *Demokratiethorie in der Kontroverse*, 53–72. Baden-Baden: Nomos.
- Fischer, Karsten. 2001. Das systemtheoretische Projekt des Niklas Luhmann und die Politik. Replik auf Susanne Fuchs, *Berliner Debatte Initial* 12: 126–128.
- Fischer, Karsten. 2003. Individuation und Moralisierung. Probleme gen-politischer Regulierungsmacht. In *Fenster zur Welt. Fünfzig Jahre Akademienarbeit in Aachen*, Hrsg. Henrix, Hans Hermann, 172–184. Aachen: Einhard.
- Fischer, Karsten. 2006. Demokratie und Gemeinsinn, oder: Sozialmoral in homöopathischer Dosierung. In *Die Zukunft der Demokratie. Politische Herausforderungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts*, Hrsg. Herb, Karlfriedrich und Hidalgo, Oliver, 57–60. München: Hanns-Seidel-Stiftung.
- Fischer, Karsten. 2009a. *Die Zukunft einer Provokation. Religion im liberalen Staat*. Berlin: Berlin University Press.
- Fischer, Karsten. 2009b. Demokratie und Differenzierung bei Montesquieu, *Zeitschrift für Politik* 56: 19–34.
- Greven, Michael Th. 1974a. *Systemtheorie und Gesellschaftsanalyse. Kritik der Werte und Erkenntnismöglichkeiten in Gesellschaftsmodellen der kybernetischen Systemtheorie*. Darmstadt u. Neuwied: Luchterhand.
- Greven, Michael Th. 1974b. Zur Konstitutionsproblematik politischer Theorie – am Beispiel der kybernetischen Systemtheorie, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 26: 50–74.
- Greven, Michael Th. 1982. Vom Wohlfahrtsstaat zum autoritären Staat der „reinen“ Politik? Eine zuge-spitzte Frage bezüglich der politischen Konsequenzen von Niklas Luhmanns „Politische(r) Theorie im Wohlfahrtsstaat“, *Politische Vierteljahresschrift* 23: 143–152.
- Greven, Michael Th. 1991. „Macht in der Demokratie“ – Anathema in Politikwissenschaft als Demokratiewissenschaft und empirischer Politikforschung. In *Macht in der Demokratie. Denkanstöße zur Wiederbelebung einer klassischen Frage in der zeitgenössischen Politischen Theorie*, Hrsg. Greven, Michael Th., 107–140. Baden-Baden: Nomos.
- Greven, Michael Th. 1993. Ist die Demokratie modern? Zur Rationalitätskrise der politischen Gesellschaft, *Politische Vierteljahresschrift* 34: 399–413.
- Greven, Michael Th. 1994. Macht und Politik in der „Theorie des kommunikativen Handelns“ von Jürgen Habermas. In *Kritische Theorie und historische Politik. Theoriegeschichtliche Beiträge zur gegenwärtigen Gesellschaft*, Hrsg. Greven, Michael Th., 219–237. Opladen: Leske & Budrich.

- Greven, Michael Th. 1995. Fesseln und Bremsen – bei Montesquieu. In *Politik – Verfassung – Gesellschaft. Traditionslinien und Entwicklungsperspektiven. Otwin Massing zum 60. Geburtstag*, Hrsg. Nahamowitz, Peter und Breuer, Stefan, 69–81. Baden-Baden: Nomos.
- Greven, Michael Th. 1998a. Demokratie – eine Kultur des Westens? Einführungsvortrag. In *Demokratie – eine Kultur des Westens? 20. Wissenschaftlicher Kongress der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft*, Hrsg. Greven, Michael Th., 19–35. Opladen: Leske & Budrich 1998.
- Greven, Michael Th. 1998b. Endgültige Abschiede? Fragmentarische Überlegungen zu Niklas Luhmann. In *Bürgersinn und Kritik. Festschrift für Udo Bernbach zum 60. Geburtstag*, Hrsg. Greven, Michael Th., Münkler, Herfried und Schmalz-Bruns, Rainer, 29–48. Baden-Baden: Nomos.
- Greven, Michael Th. 1999a. *Die politische Gesellschaft. Kontingenz und Dezision als Probleme des Regierens und der Demokratie*. Opladen: Leske & Budrich.
- Greven, Michael Th. 1999b. Die fehlende Demokratietheorie der Kritischen Theorie. In *Demokratie in Ost und West. Für Klaus von Beyme*, Hrsg. Merkel, Wolfgang und Busch, Andreas, 73–89. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Greven, Michael Th. 2000a. *Kontingenz und Dezision. Beiträge zur Analyse der politischen Gesellschaft*. Opladen: Leske & Budrich.
- Greven, Michael Th. 2000b. „Konsensdemokratie“? Institutionelle Zwänge und Machtstrategien des Regierens im föderalen System Deutschlands, *Vorgänge 152. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik* 39: 1–10.
- Greven, Michael Th. 2001a. Phasen der Demokratieentwicklung in Deutschland seit 1945. Methodische und inhaltliche Vorüberlegungen. In *Demokratie und Politik in der Bundesrepublik 1949-1999*, Hrsg. Willems, Ulrich, 21–43. Opladen: Leske & Budrich.
- Greven, Michael Th. 2001b. Luhmanns „Politik“ im Banne des Systemzwangs der Theorie. In *Komplexität und Emanzipation. Kritische Gesellschaftstheorie und die Herausforderung der Systemtheorie Niklas Luhmanns*, Hrsg. Demirovic, Alex, 197–215. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Greven, Michael Th. 2007. *Politisches Denken in Deutschland nach 1945. Erfahrung und Umgang mit der Kontingenz in der unmittelbaren Nachkriegszeit*. Opladen u. Farmington Hills: Barbara Budrich.
- Greven, Michael Th. 2009a. Zukunft oder Erosion der Demokratie? In *Politik – Wissenschaft – Medien. Festschrift für Jürgen W. Falter zum 65. Geburtstag*, Hrsg. Kaspar, Hanna, Schoen, Harald, Schumann, Siegfried und Winkler, Jürgen R., 411–428. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Greven, Michael Th. 2009b. War die Demokratie jemals „modern“? Oder: Des Kaisers neue Kleider, *Berliner Debatte Initial* 20: 67–73.
- Greven, Michael Th. 2010. Verschwindet das Politische in der politischen Gesellschaft? Über Strategien der Kontingenzverleugnung. In *Das Politische und die Politik*, Hrsg. Bedorf, Thomas und Röttgers, Kurt, 68–88. Berlin: Suhrkamp.
- Greven, Michael Th. 2011a. *Systemopposition. Kontingenz, Ideologie und Utopie im politischen Denken der 1960er Jahre*. Opladen u. Farmington Hills: Barbara Budrich.
- Greven, Michael Th. 2011b. Fortschritt der Demokratie?, *Vorgänge 195. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik* 50: 17–29.
- Greven, Michael Th. 2011c. Franz von Holtzendorff als früher Theoretiker der „öffentlichen Meinung“ im Lichte der heutigen Theorie „deliberativer Öffentlichkeit“. In *Ideenpolitik. Geschichtliche Konstellationen und gegenwärtige Konflikte*, Hrsg. Bluhm, Harald, Fischer, Karsten und Llanque, Marcus, 213–229. Berlin: Akademie Verlag.
- Habermas, Jürgen. 1981. *Theorie des kommunikativen Handelns, 2 Bde.* Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen. 1988. *Nachmetaphysisches Denken. Philosophische Aufsätze.* Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen. 1992. *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats.* Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen. 2003. *Zeitdiagnosen. Zwölf Essays, 1980-2001.* Frankfurt/M.: Suhrkamp.

- Habermas, Jürgen. 2005. *Zwischen Naturalismus und Religion. Philosophische Aufsätze*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Hein, Michael. 2011. Nachwort zur Neuauflage. In *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, Luhmann, Niklas, 143–172. München: Olzog.
- Hellmann, Kai-Uwe. 2002. Einleitung. In *Theorie der Politik. Niklas Luhmanns politische Soziologie*, Hrsg. Hellmann, Kai-Uwe und Schmalz-Bruns, Rainer, 11–37. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Hellmann, Kai-Uwe. 2003. *Alles Marke, oder was?* Markenpolitik in der politischen Kommunikation, *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 3: 17–23.
- Hellmann, Kai-Uwe und Fischer, Karsten. 2003. Einleitung: Niklas Luhmanns politische Theorie in der politikwissenschaftlichen Diskussion. In *Das System der Politik. Niklas Luhmanns politische Theorie*, Hrsg. Bluhm, Harald, Fischer, Karsten und Hellmann, Kai-Uwe, 9–16. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Holmes, Stephen. 1995. *Passions and Constraint. On the Theory of Liberal Democracy*. Chicago u. London: University of Chicago Press.
- Luhmann, Niklas. 1989. Politische Steuerung: Ein Diskussionsbeitrag, *Politische Vierteljahresschrift* 31: 4–9.
- Luhmann, Niklas. 2000. *Die Politik der Gesellschaft*, Hrsg. Kieserling, André. Frankfurt/M. Suhrkamp.
- Mayntz, Renate. 2009. *Über Governance. Institutionen und Prozesse politischer Regelung*. Frankfurt/M. u. New York: Campus Verlag.
- Meier, Christian. 1980. *Res publica amissa. Eine Studie zu Verfassung und Geschichte der römischen Republik*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Meier, Christian. 1995. *Die Entstehung des Politischen bei den Griechen*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Meier, Christian. 2009. *Kultur, um der Freiheit willen. Griechische Anfänge – Anfang Europas?* München: Siedler.
- Nassehi, Armin. 2000. Das Politische der politischen Gesellschaft, *Soziologische Revue* 23: 132–140.
- Nietzsche, Friedrich. 1988. Zur Genealogie der Moral. Eine Streitschrift. *Sämtliche Werke. Kritische Studienausgabe, Bd. 5*, Hrsg. Colli, Giorgio und Montinari, Mazzino, 245–412. München: dtv.
- Offe, Claus. 1989. Fessel und Bremse. Moralische und institutionelle Aspekte „intelligenter Selbstbeschränkung“. In *Zwischenbetrachtungen. Im Prozeß der Aufklärung. Jürgen Habermas zum 60. Geburtstag*, Hrsg. Honneth, Axel, McCarthy, Thomas, Offe, Claus und Wellmer, Albrecht, 739–774. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Sabato, Larry. 2005. *Divided States of America. The Slash and Burn Politics of the 2004 Presidential Election*. New York: Pearson Longman.
- Schlangen, Walter. 1976. *Die Totalitarismustheorie. Entwicklung und Probleme*. Stuttgart u.a.: Kohlhammer.
- Schmalz-Bruns, Rainer. 1995. *Reflexive Demokratie. Die demokratische Transformation moderner Politik*. Baden-Baden: Nomos.
- Schmitt, Carl. 1978. *Die Diktatur. Von den Anfängen des modernen Souveränitätsdenkens bis zum proletarischen Klassenkampf*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Schmitt, Carl. 1995. *Der Leviathan in der Staatslehre des Thomas Hobbes: Sinn und Fehlschlag eines politischen Symbols*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Schuppert, Gunnar Folke. 2011. *Alles Governance oder was?* [Schriften des Münchner Centrums für Governance-Forschung, Bd. 4]. Baden-Baden: Nomos.
- Tocqueville, Alexis de. 1959. *Über die Demokratie in Amerika, 2 Bde., Bd. 1*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Willke, Helmut. 1992. *Ironie des Staates. Grundlinien einer Staatstheorie polyzentrischer Gesellschaft*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Winterling, Aloys. 2001. „Staat“, „Gesellschaft“ und politische Integration in der römischen Kaiserzeit *Klio* 83: 93–112.

Winterling, Aloys. 2008. „Krise ohne Alternative“ im alten Rom. In *Christian Meier zur Diskussion. Autorenkolloquium am Zentrum für Interdisziplinäre Forschung der Universität Bielefeld*, Hrsg. Bernett, Monika, Nippel, Wilfried und Winterling, Aloys, 219–239. Stuttgart: Steiner.